Wirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks.

Die Wirtschaft des großbritannischen Riesenreiches braucht mehr noch wie die der anderen kapitalistischen Staaten auf der Kohle. Deshalb muß die Wirkung des Streiks der englischen Grubenarbeiter verheerend auf die gesamte Produktion und auf den Verkehr wirken. Bisher ist es der englischen Nachrichtenzensur gelungen, die Tatsachen zu verschleiern. Immerhin ist jetzt etwas durchgesickert und wenn nüchterne Zahlen etwas aussagen können, so sprechen sie hier mehr aus, wie lange Berichte.

Ein bürgerliches Blatt brachte vor einigen Tagen folgenden Bericht:

Was englische Handelsschiffe verfrachtet langsam. Jetzt auf Rekord schließt, die Kohlenfracht wird kleinere und die Preise werden abgebaut. Die überseeischen Märkte gehen verloren, der Streik verschärft die ganze Situation. — Im vergangenen Schiffahrt wurden 744 000 Tonnen Kohlen und 185 000 Tonnen Stahl verfrachtet. Die außerordentlichen Zahlen im März dieses Jahres waren 896 000 bezw. 500 000 Tonnen. Die Zahlen im April sind noch geringer: 90 500 Tonnen Kohlen und 65 000 Tonnen Stahl. Die hohen Arbeitslöhne und die Preise haben zur Folge, daß die englischen und Hamburgerschiffe die englische Industrie große Konkurrenz machen. Gewiß der Export wie der Import ist im April um 46 Prozent gefallen. Der Exportwert hat um 56 Millionen, der des Importes um 77 Millionen abgenommen. Was die offiziellen Erklärungen des Handelsministeriums bei England die Hälfte des gesamten Handelsüberschusses verlieren. Diese Zahlen sind geeignet, den Bergleuten zu zeigen, wie der Streik bei dem Kohlenkampf zugrunde gerichtet wird. In London sind die meisten Maschinenfabriken geschlossen, und die noch im Gange sind, werden sich voraussichtlich binnen kurzem genötigt sehen, ihre Arbeiter zu entlassen. Der dem Streik weiten die Arbeitslosen Arbeiter in Massen ganz ungeheuer zu. Kurzarbeiten sind unausweichlich in der Stadt ganz bereits. Aus dem Auslande laufen schnelle Bestellungen mehr ein, weil man sich vor den unsicheren Lieferungen fürchtet.

Die großen Glasfabriken in Leeds stiem und für die meisten wird es unmöglich sein, den Betrieb wieder aufzunehmen. Die Silberpest ist die Schiffsbauerei vollständig geschlagen. Die Aussichten sind sehr trübe. Die Schuhfabriken von Leicestershire haben bereits alle Arbeiter entlassen. Auf den überseeischen Märkten sind die englischen Lederwaren der Elite billiger amerikanischer Schuhwaren unterlegen. Aber selbst auf dem inländischen Markte werden fremde Schuhe bevorzugt, da sie billiger und ebenso gut sind wie die englischen Erzeugnisse. Lancashire, die größte Industriestadt des Landes, mit den vielen Spinnereien leidet furchtbar unter dem Streik. Wenn der Streik nur noch eine Woche anhält, wäre dies gleichbedeutend mit dem Schluß aller Baumwollspinnereien, wodurch wieder über eine halbe Million Arbeiter brotlos würden. Die Arbeiter in Lancashire haben große Mengen von Dynamit derselbe geschafft. Alle Wege in England werden jetzt von Soldaten bewacht.

Unter dem Druck dieser Tatsachen mußte Lloyd George seine Zurückhaltung in allen deutschen Angelegenheiten üben und Frankreich von der Ruhrbesetzung abhalten. Auch die Scheineinwilligung in ein bewaffnetes Vorgehen des deutschen Selbstschutzes ist nur darauf zurückzuführen, daß „alle Wege in England jetzt von Soldaten bewacht werden" und diese deshalb „unabkömmlich" sind. Und die man absichten wollte, haben sich geweigert, sich für die deutsche Bourgeoisie in Oberschlesien totschießen zu lassen. Das tun nur die deutschen Proletarier; anstatt daß sie internationale Solidarität üben, kämpfen sie für die „deutsche Sache" gegen polnische Arbeiter und schaffen für die Bereitstellung von Streikbrecherdienste gegen ihre englischen Klassengenossen. Wahrlich, Lloyd George kann sich in seinen Träumen glücklich dem Alpdrücken, daß die englischen Grubenarbeiter ihm verursachen, das politische Schlaraffenland des kapitalistischen Staatsmannes nirgends vorstellen, als in der Republik der deutschen Gewerkschaften.

Klassenkampf in Amerika.

Der Gewerkschaftsstaat in den Vereinigten Staaten.

Washington, 10. Mai.

Der Versuch des Arbeiterministers, einen Vergleich im Gemeinwohnschaftlich herbeizuführen, ist gescheitert.

Die Eisenbahner zum Kampf entschlossen.

Chicago, 8. Mai.

Der Führer der Eisenbahner, M. W. Jewell, erklärte, daß sowohl er, wie sämtliche Arbeiterführer der Branche, für den bitteren Kampf sind, falls versucht werden sollte, die geplante Lohnherabsetzung der Eisenbahnarbeiter ins Leben treten zu lassen.

Diktatur der Finanz in Amerika.

Newyork, Anfang Mai.

Lauch, der Vertreter der Bahnarbeiter, legte vor der Behörde die Praktiken der gewaltigen Finanzmagneten bloß, er nannte zwölf der mächtigsten Finanz-Institute in Newyork, die nicht nur die Bahnen des Landes, sondern auch die wichtigsten Rohmaterialien, wie Stahl, Kohlen, Zement, große Maschinen-Werkstätten usw. kontrollieren. Im Mittelpunkt dieser mächtigen Finanzgruppe steht das Haus Morgan. Diese Gruppe hat ihre Mitglieder im Direktorenrat von 92 Hauptbahnen, in 50 Gesellschaften, die Bahnmaterial, Ausrüstungsgegenstände, Lokomotiven und Waggons liefern, ferner in Kohlen-Kompagnien und in vielen anderen industriellen und finanziellen Unternehmungen.

Vor vielen Monaten begannen die Bahnverwaltungen mit Arbeiterentlassungen. Lauch stellte fest, daß in neun Monaten mehr als 105 000 Werkstättenarbeiter entlassen worden sind. Die Bahnen ließen die Reparaturarbeiten von anderen Firmen ausführen, wie jetzt nachgewiesen wird, zum doppelten und dreifachen Preis, den die Arbeit in den eigenen Werkstätten gekostet hätte.

Dieses Verfahren ist nachgeschnitt. Man versteht bei mit der Organisation der Arbeiter einen Schlag und umging die mit den Arbeitern abgeschlossenen Verträge. Durch Arbeitslosigkeit gebendel man die Arbeiter gefügiger zu machen, sie zur Annahme längerer Arbeitszeit und niedriger Löhne zu zwingen. Dabei verloren die Zinsmagnaten nichts bei den vorgenommenen Schließungen, sondern spekulierten auf Kosten anderer Leute. Die Einnahmen der Bahnen wurden durch beständige Tarife und Garantien gewegt. Die den gleichen Aktionärlichen, der von Land genommen Zinsmagnaten gehörenden Fabriken und Reparaturwerkstätten, die den Bahnen hohe Preise abnahmen, schütten ihnen hohe Dividenden in den Schoß. Das Defizit der Bahnen aber soll auf Kosten der Arbeitslöhne ausgemerzt werden.

Klassenkampf in Italien.

Arbeiterausschuß der Arbeit in den Fiatwerken.

Turin, 11. Mai.

Nach monatelangem Kampf mußten die ausgesperrten Arbeiter der Fiatwerke die Bedingungen der Direktion, von deren Annahme diese die Aufhebung der Aussperrung abhängig machte, annehmen. Zweitausend Arbeiter werden entlassen, darunter die übergeschnappten Kommunisten. Die Direktion hat die Betriebskommission aufgelöst und versucht, neue Kommissionen zu schaffen, in denen Streikbrecher und sonstige „zuverlässige" Elemente sitzen sollen. Die Arbeiter werden streikbrecherisch als Gefangene behandelt, jeder bekommt eine Nummer, damit sein Benehmen besser kontrolliert werden kann. Die entlassenen Arbeiter stellen eine Versammlung ab, in der sämtliche Anwesende ihr Vertrauen der kommunistischen Leitung der Metallarbeitergewerkschaft ausgesprochen haben.

Turin, 11. Mai.

Infame Fälschungen der Direktion der Fiatwerke.

Als die Arbeiterschaft noch vor einigen Tagen die Zurücknahme der Bedingungen der Fiatgesellschaft beschloß, ließ diese einen gefälschten Aufruf der sozialistischen Partei verbreiten, in dem die Sozialisten die Arbeiterschaft auffordern, die Bedingungen zurückzunehmen. (In Turin ist die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft kommunistisch.) Die sozialistische Parteisektion erklärt in einem Dementi, daß der Aufruf vom Anfang bis zum Ende gefälscht ist.

Sowjetrußland.

Der erlaubte Freihandel.

„Petrograbskaja Pravda" meldet vom 5. Mai: Das Volkskommissariat des Moskauer Sowjets genehmigte folgende Arten von Handelsunternehmungen: Theaterbüfetts, Restaurants, Kolonialhandlungen, Milchgeschäfte, Fleisch- und Gemüsehallen, ferner den Handel in Buden.

Konzessionen.

„Rosta Wien".

„Nowy Put" schreibt: Eine englische Firma hat der Sowjetregierung den Vorschlag gemacht, die Konzessionen zum Bau von Postgeschäften zu Ruhmbetriebe zu erteilen, unter der Bedingung, daß die Fabriken nach 20 Jahren ohne Vergütung in den Besitz der Sowjetregierung übergehen. Die Konzessionäre verpflichten sich, die Fabriken mit allen Maschinen zu versorgen und einen Teil der Produkte der Regierung zu übergeben. Die Firma verpflichtet sich weiter, nach Ablauf von drei Jahren eine Fabrik zur Erzeugung von elektrischen Lampen einzurichten, die nach 20 Jahren ebenfalls in den Besitz der Sowjetrepublik übergehen soll.

Aus der Internationale.

Ausschluß von „linken" Kommunisten.

Der Genosse Sneeman und einige andere sind aus der Kommunistischen Partei Hollands ausgeschlossen worden, nicht wegen Disziplinbruch oder gar wegen opportunistischer Haltung, sondern weil sie — „links"-Kommunisten sind. Der Kampf, den die Moskauer Exekutive angeblich gegen den rechten Flügel aufgenommen hat, besteht also darin, daß man die Revolutionäre hinausbefördert, während den opportunistischen Parlamentariern kein Haar gekrümmt wird. Es soll uns nicht wundern, wenn demnächst unsere Freunde Gorter, Pannekoek und die Genossin Roland-Holst ebenfalls aus der Dritten Internationale entfernt werden.

Vom Schauplatz der Weißen Justiz.

Das außerordentliche Gericht scrutulte dieser Tage einen Hamburger Genossen zu neun Monaten Gefängnis, weil er — die Kommunistische Arbeiter-Zeitung verkauft hatte. Er handelt sich um folgendes: Einige Wochen nach dem Blutsonntag wurde der betreffende Genosse an Hause beim Verkauf der K.Z. auf Verhaftung von sozialdemokratischen Werftarbeitern (in Hamburg herrscht Kommunistenhaß) durch Gips verhaftet und der Aufforderung zum Hochverrat angeklagt.

Das weiße Gericht hielt es nicht für nötig, auch nur Notiz davon zu nehmen, daß die englischen Zeitungen legal erscheinen, nicht beschlagnahmt, und durch ihren Verkauf zu legalen Zwecken sind. Man machte sich die Sache leicht. Letzteres der Polizeiangabe — man sagte, jemand wurden es, jetzt auf einen Kaufen aufgefordert worden — was ist Aufforderung zu einem Kaufen? Was ist Aufforderung zum Verkaufen? Was mit Handgranaten die Jugendlichkeit des „Angeklagten" sich die weiße Justiz Mühe machen und Schande unseren Gerichten nicht zum Zeitvertreib, sondern ernstes Gesetzgeben.

Arbeiter! Merkt euch dies, das ist das weiße Gericht der „Demokratie"!

Jugendbewegung.

Schupo gegen Jugendliche.

Die Agitationsfahrt der Kommunistischen Arbeiterjugend nach Bohnsdorf bei Grünau sollte nicht ungestört verlaufen. Aus maßloser Wut über die Propagandisten wollten ein Beamter der Schupo und ein Kriminalbeamter in Grünau Plakate für die „Rote Jugend" und Handzettel für die öffentliche Versammlung beschlagnahmen. Unsere Jugendgenossen ließen sich das nicht gefallen. Zwei Genossen wurden deshalb verhaftet; sie wurden gefesselt und mit Schimpfworten traktiert. Besonders hat sich der Kriminalbeamte hervorgetan; er schlug einem Genossen, kratzte den andern, entsicherte den Revolver und fuchtelte damit in der Luft herum.

Die beiden verhafteten Genossen mußten mit zur Wache, die anderen folgten ihnen geschlossen. Die Grünauer (oder 8 Mann) forderten die anderen Genossen auf, dort nicht stehen zu bleiben. Nun wurden noch einige Genossen verhaftet, weil sie den „Anordnungen" nicht nachkamen oder zu „langsam tanzen". Nachdem ihre Personalien festgestellt und ihnen die beschlagnahmten Sachen quittiert wurden, mußten unsere Genossen wieder freigelassen werden. — Das Vorgehen der Grünauer müßte auch den indifferenten Arbeitern zeigen, daß die Reaktion sich stark fühlt und macht, was ihr beliebt.

Die öffentliche Versammlung in Bohnsdorf, in der über den „Weg zur Befreiung des Proletariats" gesprochen wurde und in der heftig entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck kam, hat den Jugendproletariern, in Bohnsdorf ihre nächsten Aufgaben vor Augen geführt. Sie hatte auch den Erfolg, daß sich dort eine Ortsgruppe der Kommunistischen Arbeiter-Jugend bildete.

Dieser Erfolg wird uns der Ansporn sein zu weiteren Agitationsfahrten, damit auch das Landproletariat erkennt, welche historische Aufgabe es zu erfüllen hat.

Mitteilungen.

Der Genosse Carl Roth, geb. 5. 8. 87 Neuenbeil, L. Anh. bittet um Nachrichtenlung, daß er mit dem bekannten Spitzel Roth-Stettin weder herzlich noch verwandt ist.

6. Bezirk.

Die Arbeitslosen der K.A.P.D., K.A.J. und D.O. werden aufgefordert, sich am Mittwoch, dem 25. Mai 1921 in der Stadtverordnete 55c im Lokal einzufinden zwecks wichtiger Besprechung. Mitglieder-Kinder mitbringen. Alle arbeitslosen Genossen und Genossen haben zu erscheinen.

Der Politische Arbeitssekretariat.

12. Bezirk.

Adolf Nagel ist wegen parteischädigender Unterschlagung ausgeschlossen worden. Vor seiner Geschäftigkeit wird gewarnt.

Danksagung eines Gefangenengelegs.

Werte Genossen!

Damit bestätige ich, daß Ihre letzte Sendung, sowie die von Ende März richtig erhalten habe. Sie mir unbekannte Internierten danken sehr.

Mit kameradschaftlichem Handdruck.

G. Schapiro, Gemeinen-Gef.

5. Mai 1921.

Lager Königsmoor bei Tapiau.

Soeben ist in unserem Verlag eine Broschüre unter dem Titel erschienen:

„Die Klassenkampforganisationen des Proletariats".

Von Hermann Gorter.

Diese Broschüre behandelt neben der Frage der Union noch besonders den Gedanken der Notwendigkeit einer politischen Organisation.

Jeder revolutionäre Arbeiter, der über den Weg des proletarischen Revolution Klarheit erlangen will, muß diese für jeden verständliche Schrift gelesen haben.

Der Weg des Dr. Levi — Der Weg der V. K. P. D.

Diese Broschüre ist soeben erschienen. Sie ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Broschüre Levis: „Unser Weg", damit eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Gesamtpolitik der VKPD. und damit der Taktik der 3. Internationale.

Preis 2 Mk. Preis 2 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johns, Berlin.
Verlag: Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Druck: Buchdruckerei Fritz Wolf, G. m. b. H. Berlin S 14.

Nr. 109.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint grundsätzlich werktäglich. — Zu bezieht durch die Partei. Bezugsgebühr pro Monat 10 Pfennig pro Nummer. Bei Einzelzustellung Preis 40 Pfennig.

Redakt. u. Expedit.: Berlin NO. 18, Dunkelberger Str. 6. Geöffnet täglich von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postschecknr.: Berlin NW 7, Nr. 6202. — Postscheck nach auswärts: Wien Großdeutsch 5.— Prag unentgeltlich; nach beim Ausland unter Gesellschaft 7.— Prag unentgeltlich.

Russische Staatspolitik und Weltrevolution.

I.

Bei der grundlegenden Bedeutung der russischen Staatspolitik für die Gesamtpolitik der Kommunistischen Internationale ist die Außenhandelspolitik der Sowjet-Regierung von ausschlaggebendem Einfluß auf die Weiterentwicklung der Weltrevolution. Es kann bei einer Untersuchung dieses Einflusses für uns nicht auf Kritik der russischen Handelspolitik als solcher ankommen; der Marxsche Satz, daß die Politik einer staatlich organisierten Gesellschaft nur Ausfluß ihrer Wirtschaftsweise ist, erweist sich gerade in Bezug auf Sowjetrußland als unbedingt richtig. Deshalb wäre es paradox, die Kritik an der so bedingten Politik zu üben, wenn die Ueberzeugung besteht — und sie besteht durchaus —, daß die Wirtschaftsweise des russischen Rätestaates heute noch nicht — oder nicht mehr — unter der scharfen Lupe der reinen kommunistischen Lehre betrachtet werden darf, weil die Lebensnotwendigkeiten der russischen Menschen eben dann nicht geschaffen werden könnten. Was aber kritisiert werden muß, ist die Abhängigkeit der Gesamtpolitik der 3. Internationale von den Handelsbeziehungen der Sowjetrepublik zur kapitalistischen Umwelt und die dadurch hervorgerufene Stellungnahme des Exekutivkomitees zu den revolutionären Kämpfen in den einzelnen kapitalistischen Ländern. Das E.K. ist sich dieser Verhältnisse sicher sehr klar bewußt; es scheint sich seiner Sache auch in dieser Hinsicht sehr sicher zu sein, denn am Schlusse des Aufrufs zum 3. Kongreß der K.I. heißt es:

Endlich entschließt sich die Exekutive der Kommunistischen Internationale, in dieser oder jener Form die äußerst wichtige Frage der Wirtschaftspolitik und der allgemeinen Lage in Sowjetrußland, der ersten Republik, in der das Proletariat die Macht erobert hat, in die Tagesordnung des 3. Kongresses einzustellen.

Wir können diesen Entschluß nur mit Freuden begrüßen, da sich hierdurch für unsere Delegierten die Möglichkeit ergibt, vor dem Forum des revolutionären Proletariats der Welt zu dieser äußerst wichtigen Frage vom Standpunkt der KAPD. aus die Kritik zu üben, die die KAPD. als unbedingt erforderlich ansieht, wenn anders nicht der Weitergang der Weltrevolution in entscheidenden Augenblicken gehemmt werden sollte.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß gerade die Wirtschaftspolitik des ersten proletarischen Staates der Welt ein Instrument in den Händen des Weltkapitals wird, das es als Waffe gegen das Proletariat in den kapitalistischen Ländern anwenden kann; daß die aus den Lebensnotwendigkeiten des russischen Proletariats entsprungene Politik der Anknüpfung von Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern es hindert, aktiv in die revolutionären Bewegungen ihrer kämpfenden Genossen einzugreifen. Dies ist aber nicht die Schuld des russischen Proletariats, sondern die Folge der durchaus nicht notwendigen Verquickung von Handelsvertrag der Sowjetrepublik und Exekutive der K.I.

Es liegen jetzt bereits zwei Beispiele vor von Handelsverträgen, die der Sowjet-Regierung vollständig die Hände binden in Bezug auf Teilnahme an den revolutionären Kämpfen des Proletariats in den betreffenden kontrahierenden Ländern. Der einleitende Absatz des englisch-russischen Handelsvertrags enthält folgende grundlegende Bestimmungen:

Die gegenseitige Verpflichtung ist von der Erfüllung der folgenden Bedingungen abhängig, nämlich:

a) Daß jede der beiden Parteien sich von Aktionen oder Unternehmungen gegen die andere und von der Führung irgendwelcher offiziellen Propaganda außerhalb ihrer eigenen Grenzen, sei direkt oder indirekt gegen die Einrichtungen des britischen Reiches, beziehungsweise der Russischen Sowjetrepublik gerichtet ist, enthalten wird, und insbesondere wird die Russische Sowjetregierung von Intrigenwechsel militärischen, diplomatischen oder in anderer Weise Aktion oder Propaganda sich äußernden Versuch enthalten, um die Völker Asiens zu irgendwelchen feindlichen Vorgehen gegen britische Interessen oder gegen das Britische Reich zu ermutigen, besonders Indien oder in dem unmittelbaren Staat Afghanistan. Die britische Regierung übernimmt eine ähnliche bezügliche Verpflichtung in Bezug auf die Länder, die dem Russischen Reiche angehört haben und die jetzt unabhängig sind.

Das E.K. hält es nicht für nötig, auch nur Notiz davon zu nehmen, daß die englischen Zeitungen legal erscheinen, nicht beschlagnahmt, und durch ihren Verkauf zu legalen Zwecken sind. Man machte sich die Sache leicht. Letzteres der Polizeiangabe — man sagte, jemand wurden es, jetzt auf einen Kaufen aufgefordert worden — was ist Aufforderung zu einem Kaufen? Was ist Aufforderung zum Verkaufen? Was mit Handgranaten die Jugendlichkeit des „Angeklagten" sich die weiße Justiz Mühe machen und Schande unseren Gerichten nicht zum Zeitvertreib, sondern ernstes Gesetzgeben.

Arbeiter! Merkt euch dies, das ist das weiße Gericht der „Demokratie"!

Jugendbewegung.

Schupo gegen Jugendliche.

Die Agitationsfahrt der Kommunistischen Arbeiterjugend nach Bohnsdorf bei Grünau sollte nicht ungestört verlaufen. Aus maßloser Wut über die Propagandisten wollten ein Beamter der Schupo und ein Kriminalbeamter in Grünau Plakate für die „Rote Jugend" und Handzettel für die öffentliche Versammlung beschlagnahmen. Unsere Jugendgenossen ließen sich das nicht gefallen. Zwei Genossen wurden deshalb verhaftet; sie wurden gefesselt und mit Schimpfworten traktiert. Besonders hat sich der Kriminalbeamte hervorgetan; er schlug einem Genossen, kratzte den andern, entsicherte den Revolver und fuchtelte damit in der Luft herum.

Die beiden verhafteten Genossen mußten mit zur Wache, die anderen folgten ihnen geschlossen. Die Grünauer (oder 8 Mann) forderten die anderen Genossen auf, dort nicht stehen zu bleiben. Nun wurden noch einige Genossen verhaftet, weil sie den „Anordnungen" nicht nachkamen oder zu „langsam tanzen". Nachdem ihre Personalien festgestellt und ihnen die beschlagnahmten Sachen quittiert wurden, mußten unsere Genossen wieder freigelassen werden. — Das Vorgehen der Grünauer müßte auch den indifferenten Arbeitern zeigen, daß die Reaktion sich stark fühlt und macht, was ihr beliebt.

Die öffentliche Versammlung in Bohnsdorf, in der über den „Weg zur Befreiung des Proletariats" gesprochen wurde und in der heftig entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck kam, hat den Jugendproletariern in Bohnsdorf ihre nächsten Aufgaben vor Augen geführt. Sie hatte auch den Erfolg, daß sich dort eine Ortsgruppe der Kommunistischen Arbeiter-Jugend bildete.

Dieser Erfolg wird uns der Ansporn sein zu weiteren Agitationsfahrten, damit auch das Landproletariat erkennt, welche historische Aufgabe es zu erfüllen hat.

Mitteilungen.

Der Genosse Carl Roth, geb. 5. 8. 87 Neuenbeil, L. Anh. bittet um Nachrichtenlung, daß er mit dem bekannten Spitzel Roth-Stettin weder herzlich noch verwandt ist.

6. Bezirk.

Die Arbeitslosen der K.A.P.D., K.A.J. und D.O. werden aufgefordert, sich am Mittwoch, dem 25. Mai 1921 in der Stadtverordnete 55c im Lokal einzufinden zwecks wichtiger Besprechung. Mitglieder-Kinder mitbringen. Alle arbeitslosen Genossen und Genossen haben zu erscheinen.

Der Politische Arbeitssekretariat.

12. Bezirk.

Adolf Nagel ist wegen parteischädigender Unterschlagung ausgeschlossen worden. Vor seiner Geschäftigkeit wird gewarnt.

Danksagung eines Gefangenengelegs.

Werte Genossen!

Damit bestätige ich, daß Ihre letzte Sendung, sowie die von Ende März richtig erhalten habe. Sie mir unbekannte Internierten danken sehr.

Mit kameradschaftlichem Handdruck.

G. Schapiro, Gemeinen-Gef.

5. Mai 1921.

Lager Königsmoor bei Tapiau.

Soeben ist in unserem Verlag eine Broschüre unter dem Titel erschienen:

„Die Klassenkampforganisationen des Proletariats".

Von Hermann Gorter.

Diese Broschüre behandelt neben der Frage der Union noch besonders den Gedanken der Notwendigkeit einer politischen Organisation.

Jeder revolutionäre Arbeiter, der über den Weg des proletarischen Revolution Klarheit erlangen will, muß diese für jeden verständliche Schrift gelesen haben.

Der Weg des Dr. Levi — Der Weg der V. K. P. D.

Diese Broschüre ist soeben erschienen. Sie ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Broschüre Levis: „Unser Weg", damit eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Gesamtpolitik der VKPD. und damit der Taktik der 3. Internationale.

Preis 2 Mk. Preis 2 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johns, Berlin.
Verlag: Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Druck: Buchdruckerei Fritz Wolf, G. m. b. H. Berlin S 14.

Engländer und Italiener hoffen auf die deutschen Freikorps.

Deutsche Rote gegen oberschlesische Freikorps.

Beide Ueberschriften zieren die erste Seite der Morgenausgabe des „Berl. Lokalanzeigers" vom 23. Mai. Die Spekulation des Ullsteinblattes auf den Schwachsinn seiner bürgerlichen Leser mag ja in großen und ganzen richtig sein. Die deutschen Proletarier werden jedenfalls aus diesem skalanten Fall kapitalistischen Pressschwindels nur die eine Schlußfolgerung ziehen können, daß hier wieder einmal ein Possenspiel übelster Art auf der politischen Bühne von statten geht. Leider ist es mit der Komödie nicht abgetan. Die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien hat einen blutig-ernsten Charakter angenommen. Wie haben nämlich, wie anno 1914, einen Kriegsschauplatz, glorreiche „Siege" werden gemeldet, Schmuck hat sich als Kriegsberichterstatter verwiesen und bearbeitet mit den im Weltkrieg wohl erworbenen Routine die geplagte Menschheit mit Sensationsnachrichten, wie sie eben nur die nationalistisch überhitzte Phantasie eines bürgerlichen Schmocks erfinden kann. Die nachstehende Kostprobe aus dem „Lokalanzeiger" gibt einen Vorgeschmack, was den Zeitgenossen auf diesem Gebiete noch bevorsteht, wenn das deutschnationale Proletariat gemeinsam nicht bald den Orgesch-Banditen das Handwerk legt:

Schwere Kämpfe bei Kreuzburg und Rosenberg.

Kreuzburg, 22. Mai. Die Lage im Abschnitt Kreuzburg (Kreis und Stadt am Einfluß der Oder) ist in der Ober- und Landgerichtsbezirk Oppeln, S. Bel.) ist für die Deutschen seit dem gestrigen großen Erfolg bei Stroppen auf Rosenberg, dem stärksten Stützpunkt der Polen gegen Kreuzburg, günstiger geworden. Die Stadt Kreuzburg ist von Freiwilligen, die sich aus Schützen und Heimatbewohnern zusammensetzen, mit stürmender Hand, ohne Artillerie, mit wenig Maschinengewehren — jeder Mann hatte nur 25 Patronen — genommen worden. Erbeutet sind 5 polnische Kanonen und über 20 Maschinengewehre. Die Verluste sind beträchtlich, da die Heimatbewohner, als sie zwei gepanzerte deutsche Zeichen sahen, nicht nicht halten konnten und mit Messern und Handgranaten heraus gingen. Auch ist bei Gerlach der Polen ungeheuer erbittert. Erpressung von Hühnern und Geschenken von Hopfen, Kartoffeln, Getreide und Vieh ist an der Tagesordnung. Die deutsche Lage nicht stark genug ist, und ein Gegenangriff bevorsteht. Es herrscht Mangel an Decken, Schuhen, Verpflegung und Munition. Dieser deutsche Vorstoß entsteht aus der Entschlossenheit gegen die Verschleppung Deutscher und die Gewaltaten der Polen, ganz besonders, da die Oberschlesier verlangten, nach Hause zum Schutz ihrer Familien und ihres Eigentums zurückgeschickt zu werden. Hilfen bildete ein Gefangenenentsatzkorps und organisierte Gefangenenlager. Die Polen schickten Gefangene ab. Der englische Polizeiinspektor in Kreuzburg sah verschiedene Grausamkeiten. Auch Dumdumgeschosse wurden wieder von den Polen verwandt. Er hat mit Lippen darüber berichtet. Die Munition, die Kommission in Oppeln wurde eingestellt, ist falsch, die Herren werden weiter nichts tun. Die Engländer und Italiener erwarten die Rettung Oberschlesiens von den Freikorps. Die Stimmung ist infolge der Berliner Ent-

Es ist selbstverständlich, daß der Ausbruch „offizieller Propagandaschriften", auch bei Unterlassung oder Genehmigung irgendwelcher außerhalb der eigenen Grenzen geübten Propaganda entfällt.

Ebenso beruht das kürzlich zustandegekommene deutsch-russische Abkommen, das die Grundlage eines später abzuschließenden Handelsvertrages bildet, auf dem Artikel XV, der folgenden Wortlaut hat:

Die beiderseitigen Vertretungen und alle bei ihnen beschäftigten Personen haben sich bei ihrer Tätigkeit streng auf die ihnen nach diesem Abkommen zufallenden Aufgaben zu beschränken. Insbesondere sind sie verpflichtet, sich jeder Agitation und Propaganda gegen die Regierung oder die bestehenden Einrichtungen des Vertragsschließenden zu entfalten.

Die Erfahrungen im englischen Bergarbeiterstreik zu dem dem E.K. bisher noch mit keinem einzigen Wort Stellung genommen hat, dem es auch in keiner der sonst bei allen, häufig recht unwesentlichen Gelegenheiten, reichlich erlassenen Kundgebungen auch nur erwähnt hat, zeigen die Konsequenzen dieser Haltung durch die Handelsverträge. Es muß hier die Frage aufgeworfen werden, warum das E.K. schweigt, während sich doch die vertraglichen Bindungen garnicht auf die K.I., sondern auf die Sowjet-Regierung beziehen? Die Zusammensetzung des E.K. als einer internationalen Körperschaft, in der die KPR. — also nicht einmal die Sowjet-Regierung als solche — doch nur als gleichberechtigter Faktor neben den andern Vertretungen des revolutionären Weltproletariats sitzt, müßte doch die Gewähr dafür bieten, daß der vorausgesetzte Zweck der K.I., die Weltrevolution bei jeder Gelegenheit und mit allen Mitteln zu fördern, auch wirklich als oberster Grundsatz seines Handelns zum Ausdruck käme.

Haben denn die Vertreter der englischen Kommunisten im E.K. nicht darauf gedrungen, daß die Exekutive das revolutionäre Weltproletariat zur aktiven Solidarität mit den kämpfenden englischen Genossen aufrufe; sind haben sie dafür nicht die Zustimmung sämtlicher alles westeuropäischen Delegierten gefunden, also eine Mehrheit gegenüber den russischen Delegierten, bei denen Rücksichte

nahme auf die Bestimmungen des englisch-russischen Handelsvertrags immerhin noch verständlich wäre?

Wir können diese Fragen ohne Kenntnis der grundlegenden Tatsachen, die auf dem 3. Kongreß der K.I. hoffentlich geblührend zur Sprache kommen werden, nicht beantworten. Wir können nur die Auswirkungen dieser unhaltbaren Zustände feststellen. Wir müssen aber versuchen, nicht nur Kritik an der Kritik üben zu treiben, sondern gleichzeitig damit Wege zu weisen, die, unter voller Würdigung aller die konsequent revolutionäre Politik bestimmtzugehenden Faktoren, soweit sie durch die Lebensnotwendigkeiten des russischen proletarischen Staats gegeben sind, trotzdem die Entwicklung der Weltrevolution fördern. Denn das muß als selbstverständlich vorausgesetzt werden: daß von der Annahme der die revolutionäre Propaganda und Unterstützung ausschaltenden Bedingungen durch die Sowjet-Regierung das Zustandekommen der bisherigen und auch aller zukünftigen Handelsverträge mit kapitalistischen Staaten überhaupt abhängig ist. Der Abschluß von Handelsverträgen sowohl mit Frankreich wie mit Italien und auch mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist in allernächster Zeit und sicher nur unter den gleichen Bedingungen zu erwarten, so daß die revolutionäre Propaganda, auch in diesen Ländern beeinträchtigt sein wird, damit also in allen hochkapitalistischen Staaten. Dazu kommt noch die Konzessionen-Politik der Sowjet-Regierung, die diese wieder gegenüber großen kapitalistischen Privatkonzernen bindet, was offensichtlich ein weiteres bedeutsames Moment in der gleichen Richtung bedeutet. Aber wie gesagt, all dies muß als durch die Lebensnotwendigkeiten der russischen Wirtschaft bedingt hingenommen werden. Ebenso sicher muß aber auch ein Ausgleich geschaffen werden gegen die, letzten Endes, konterrevolutionäre Auswirkung. Es steht also zur Erörterung die Frage: Wie kann die Sowjet-Regierung ihre Außenhandelspolitik trotz aller einschränkenden Bedingungen zu einem Instrument von revolutionierendem Einfluß auf das Proletariat in den kapitalistischen Ländern gestalten; oder mit anderen Worten: welche Maßnahmen wirtschaftspolitischer Natur — die durchaus im Rahmen der abgeschlossenen Verträge sich bewegen sollen — müßte die Sowjet-Regierung treffen, daß diese den Klassenkampf in den hochkapitalistischen Ländern, die Weltrevolution fördernd beeinflussen?

In einem zweiten Artikel soll versucht werden, diese Frage zu beantworten.

Herr Stinnes sondiert das Gelände.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", dem zugegebenerdenken Stinnesorgan, hat ein Herr Geh. Reg.-Rat Pfundtner am Sonnabend Abend einen politischen Pilaten losgelassen mit der sehr durchsichtigen Ueberschrift: „Bleiben die Führer der Wirtschaft?" Er beklagt sich darin, daß das parlamentarische System mit seinen Regierungsbildungs- und Gesetzgebungs-Kuhhändeln doch garnicht der ungeheuren Aufgabe, „die gegenüber der Entente eingegangenen übermenschlichen Verpflichtungen zu erfüllen", gewachsen sei, „so daß schließlich das kaum abzuwendete Unheil — er meint offenbar die Sanktionen — früher oder später doch über uns hereinbrechen müsse".

Dieser Pfundtner mucheert mit seinem Pfunde. Er stellt fest, daß das „Unheil" abgewendet sei, das doch für ihn als einen in Stinnes' Auftrag im Stinnes-Organ Schreibenden garnicht das Unheil ist, da doch die Stinnes-Partei gegen das Ultimatum, also für die Sanktionen, gestimmt hat. Aber wie gesagt, der Artikel ist ein politischer Pilot. Herr Pfundtner orakelt so etwas, daß man, wenn alles so weiterginge, unbedingt abwenden könne, nämlich indem man . . . usw. — folgt das politische Allheilmittel „die Führer der Wirtschaft", seien sie nun Parlamentarier oder nicht, müßten die verantwortliche Leitung der Politik für die Zeit der Wiedergutmachung übernehmen.

Denn darüber darf kein Zweifel herrschen: „Was jetzt zur Durchführung der übernommenen Verpflichtungen geschieht, darf nicht Augenblicks-Politik sein, sondern muß mit weitem Blick, mit großzügiger Organisation und letzten Endes auch mit der Gewißheit in Angriff genommen werden, daß ein auf lange Sicht gestelltes Aufbauprogramm nicht jeden Augenblick durch eine andere Parteikonstellation im Parlament zerschlagen wird." Die Pfundnerei muß daher erwarten, daß der Reichstag diesem dringenden Bedürfnis endlich Rechnung trägt. Er muß sich, sobald die Regierung des Wiederaufbaus endgültig gebildet ist, mit dieser grundsätzlich über ein Programm auf lange Sicht einigen und sich insbesondere bereitfinden, die Lösung der großen wirtschaftlichen Aufgaben, die die Zukunft von uns verlangt, so wenig wie möglich mit parteipolitischen Erwägungen zu verknüpfen, an denen jede weitsichtige wirtschaftliche Maßnahme schließlich scheitern muß.

Nach einem längeren Hin und Her von verständnisvollen Erwägungen, warum die Führer der Wirtschaft sich bis jetzt noch nicht entschließen konnten, diese für sie geschaffene Aufgabe zu übernehmen, wobei der sehr gut unterrichtete Geheimrat ein wenig indiskret folgende Schwierigkeit feststellt:

Sie müssen sich nach den bisher in Deutschland üblichen Gepflogenheiten bei Uebernahme einer amtlichen Stellung von ihren bisherigen, geschäftlichen Beziehungen völlig loslösen und sich ganz auf die amtliche Tätigkeit einstellen,

kommt er zu diesem Schluß:

Man aber im übrigen die Lage zurzeit noch so ungeklärt und noch so schwierig sein, das kann und darf ebenso wie alles andere rein Persönliche führende Männer der Wirtschaft nicht abschrecken, sich in einem Augenblick, wo es sich für Deutschland um die Frage des endgültigen Aufstiegs oder Abstiegs handelt, dem Vaterlande an dem Platz, auf dem sie ihm am besten dienen können, zur Verfügung zu stellen. Jetzt aber nie muß die Probe auf das Exempel gemacht werden, ob die Führer der Wirtschaft besser als Parlamentarier und besser als bezahlte Beamte imstande sind, das Staatsschiff durch die Zeitläufe der übernommenen Verpflichtungen und des eigenen Wiederaufbaues hindurchzusteuern! Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo sie sich dieser längst fälligen Verpflichtung nicht länger entziehen können!

Der Wink, den sich Herr Stinnes durch den von ihm damit beauftragten Geheimrat Pfundtner geben läßt, ist doch ziemlich deutlich. Was kann ihn aber bewogen haben, entgegen seinen sonstigen so feinen Mitteln diesmal mit dem Zaunpfahl zu kommen? Befürchtet er, daß bis von ihm eben erst bestellte Gewerkschaftsregierung doch noch zuletzt ihre Aufgabe, „das Proletariat dem Großkapital gefesselt auszuliefern, nicht gewachsen sein wird, so daß er selbst die Zügel in die Hand nehmen will? Wer weiß! Die Frage der Besetzung einiger Ministerposten, besonders des Auswärtigen und des Wirtschaftsministeriums, sind noch zu lösen. Vielleicht wird Herr Stinnes, bisher heimlicher Beherrscher des deutschen Elends, sich jetzt entschlossen haben, eine Regierung von „Führern der Wirtschaft" zu bilden.

Genossen! Denkt an die politischen Gefangenen!

Sammelt für die Rote Hilfe!

Marxistisches und Ethisches im Bolschewismus.

Von M. Beer.

Die „Glocke" ist eine von dem berüchtigten Parvus-Helphand herausgegebene Zeitschrift, die im Dienste des landläufigen Reformsozialismus steht. Verantwortlicher Redakteur war bis vor kurzem der in marxistischen Kreisen wohlbekannte M. Beer. Dieser Mann hat unter obiger Ueberschrift vor einiger Zeit einen Artikel in der „Glocke" veröffentlicht, der zur Folge hatte, daß er von Herrn Parvus seines Postens entsetzt wurde. Da der Beer'sche Aufsatz durchaus in kommunistischem Geiste gehalten ist, wäre eine möglichst weite Verbreitung durch die kommunistische Presse zu empfehlen. D. Red.

Der Aufsatz von Dr. Lydia Gger („Glocke", Heft 40, 1. Jan. 1921), so anregend und freimütig er ist, hinterläßt doch den Eindruck, daß das Material, auf dem er aufgebaut ist, hauptsächlich aus dem Studium von Büchern und Zeitschriften bestand und nicht aus lebendiger Verbindung mit der sozialrevolutionären Bewegung, auch nicht aus Vertrautheit mit den langjährigen Kämpfen um den Sinn und die Bedeutung des Marxismus.

Der Bolschewismus als Theorie ist keine neue Erscheinung: er ist nicht erst in der Revolution entstanden. Er ist wesentlich die revolutionäre — und meines Erachtens richtige Auffassung des Marxismus. Er vertritt den sogenannten orthodoxen Flügel der Marxschen Lehre. Er ist also wesentlich so alt wie der Richtungskampf im Lager der mehr oder weniger von Marx ausgehenden Sozialisten.

Bei Marx gibt es gar keinen Gegensatz zwischen Revolution und Evolution. Ebensowenig wie bei Hegel. Die Hegel'sche Dialektik ist ebenso einheitlich und geschlossen wie die ganze Lebensarbeit von Marx. Das „kommunistische Manifest" ist nicht minder revolutionär wie das „Kapital" oder die „Kritik der politischen Oekonomie", und umgekehrt: das „Kapital" ist nicht minder revolutionär wie das „Kommunistische Manifest".

Wie ist das zu verstehen?

Die Hegelsche Dialektik ist eine Evolution durch den Kampf und die Zuspitzung der Widersprüche durch die denkende Vernunft. Kein einfaches Lamarck'sches Werden, Wachsen, Anpassen, sondern eine Herausarbeitung der Negation, die das Positive zerstörend umgestaltet. Die ganze Arbeit der Negation ist eine revolutionäre bis zum Hervortreten der Negation der Negation. Das ist der Kern der Hegel'schen Logik: die Entdeckung der Widersprüche (Gegensätze) im kosmischen und sozialen Werden, der Kampf dieser Widersprüche, in welchem das alte Positive sich auflöst. Die Hegel'sche Dialektik ist eine Evolution mit revolutionären Mitteln.

Und so ist die sozialistische Dialektik Marxens. Wer ein Marx'sches Werk liest, muß sich vor allem darüber klar sein, ob es sich beschäftigt mit einem objektiven Prozeß — wirtschaftlicher Entwicklung, Analyse der kapitalistischen Produktion und Zirkulation — oder ob es sich um die Tätigkeit des Proletariats handelt.

Der Wirtschaftsprozeß ist das evolutionäre Material, die Tätigkeit des Proletariats und seiner kommunistischen Führer ist das revolutionäre Umgestalten.

Im „Kommunistischen Manifest" ist das Proletariat der Gegenstand der Behandlung. Das revolutionäre Moment wird deshalb scharf hervorgehoben. Marx erscheint hierin als Denker der Revolution.

Im „Kapital" ist die kapitalistische Wirtschaft der Gegenstand der Behandlung. Das evolutionäre Moment tritt deshalb in den Vordergrund. Marx erscheint hierin als Analytiker der Wirtschaftsentwicklung.

Die Rolle, die Hegel in seiner „Logik" der denkenden Vernunft zuschreibt, nämlich — Zuspitzung der Widersprüche, diese Rolle übernimmt bei Marx das Kommunistische: diese haben den aus den Produktionsbedingungen hervorgehenden Klassenkampf des Proletariats auf die Spitze zu treiben.

Denn sowohl bei Hegel wie bei Marx sind der Zusammenstoß der Widersprüche und die Zuspitzung der Gegensätze die wirksamsten Mittel zur Entfaltung des Lebens, zur Herausarbeitung der Fülle der Kräfte des Universums.

Evolution mit Hilfe revolutionärer Mittel: Erkenntnis und Aktion — das ist das Testament von Karl Marx.

Ohne die Anwendung der revolutionären Aktion ist — nach Marx — eine fortschreitende Evolution unmöglich. Der Mensch macht die Geschichte auf Grund der gegeben Evolutionsphase. Bei Hegel heißt dies: ohne Entfaltung der Widersprüche, ohne das Wirken der Negation bleibt das Positive eine leere, tote Identität.

Das Buch über Hegel und Marx soll noch geschrieben werden. Aber wer sich für die hier entwickelten Gedankengänge interessiert, soll Hegels Bücher über Logik lesen.

Der einheitliche, folgerichtige revolutionäre Charakter Marxens tritt deutlich zutage in seiner Auffassung der Diktatur des Proletariats. Marx hat in den letzten zehn Jahren seines Lebens nicht anders gedacht wie in den Jahren 1846—48. Im Jahre 1852 schrieb er an seinen Freund Weydemeyer nach Amerika:

„Was mich betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft oder ihren Kampf gegeneinander entdeckt zu haben . . . Was ich neu tat, war, nachzuweisen: 1. daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte, historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden sei; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Uebergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde."

Und im Jahre 1875 — kaum acht Jahre vor seinem Tode — schrieb er an den Vorstand der deutschen Sozialdemokratie:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine praktische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anders sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Das ganze Schreiben aus dem Jahre 1875 ist eines der wichtigsten Dokumente zur Erkenntnis des Marxismus. Es zeigt Marx als Kommunisten, der mit den ökonomischen Verhältnissen genau rechnet und deshalb weiß, daß das kommunistische Recht sofort in Kraft treten soll. Er sieht den Ungleichheiten in der Entlohnung vor, wie überhaupt einst Rufenwesen Fortschritt zum Kommunismus, immer aber unter der revolutionären Leitung des Proletariats, oder genauer: der Kommunisten (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Die Forderungen der Erwerbslosen.

Am 11. Mai fand in Jena eine Konferenz der Vertreter der Erwerbslosen in Thüringen statt, in welcher in einer längeren Aussprache die Lage der Erwerbslosen behandelt wurde. Aus den gefaßten Beschlüssen ist besonders zu bemerken, daß die Erwerbslosen sich zur Aufgabe machen müssen, in allen Orten engste Verbindung mit den Betrieben herzustellen. Den in Arbeit stehenden Genossen und Kollegen ist immer wieder klar zu machen, daß sie den Erwerbslosen ihre besondere Beachtung widmen müssen, da das Los der Erwerbslosen über Nacht auch ihr Los werden kann. Es sollen Marken zu 25, 50 Pfg. und 1 Mark hergestellt und in den Betrieben vertrieben werden, mit dem Erlös sollen die Unkosten, die den Erwerbslosen in der Vertretung ihrer Ansprüche erwachsen, gedeckt werden. Nachstehende Resolution wurde angenommen:

„Die Arbeitslosenfrage ist nur zu lösen durch offenen Kampf um die politische Macht.

Um diesen Kampf zu führen, müssen die Erwerbslosen einheitlich erfaßt werden durch Aktionsausschüsse. Die Aktionsausschüsse müssen untereinander verbunden sein.

Ueberall und sofort ist die Verbindung der Aktionsausschüsse der Arbeitslosen mit den Arbeitenden vorzunehmen.

Jeder Kampf der Arbeitslosen (politischer oder wirtschaftlicher) muß von diesen Gesichtspunkten geführt werden.

Mit diesem Kampf verbindet sich die energische Ablehnung jeder Art Gewerkschaftspolitik als Klassenpolitik, Solidarität der Tat ist das höchste Gebot."

Mit der Annahme dieser Resolution haben die Vertreter der Erwerbslosen in Thüringen sich grundsätzlich auf den Standpunkt der K.A.P.D. in der Arbeitslosenfrage gestellt. Wenn unsere Genossen überall am Platze sind, wird es auch in den anderen Teilen des Reiches möglich sein, die Erwerbslosen von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen.

Wegen „Hochverrats" verurteilt.

In Nr. 197 der „K.A.Z." brachten wir auf Grund der Veröffentlichung in der „Roten Fahne" eine Mitteilung über das Urteil im „Schiffserausprozeß". Danach wäre Genosse Knüsken in Hamburg wegen „schweren Raubes", „Meuterei" und „Freiheitsberaubung" zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Information der „Roten Fahne" ist falsch und damit auch jene Meldung. Genosse Knüsken schreibt uns:

Dienstag, den 17. Mai 1921.

Werte Genossen!

Ihr werdet ja inzwischen bereits mein Urteil aus der Zeitung erfahren haben. Der Staatsanwalt beantragte 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die Geschworenen hatten gemäß Antrag des Staatsanwaltes alle Schuldfragen bejaht. Der Präsident führte bei der Verkündung des Urteils ungefähr aus: 5 Jahre Zuchthaus gegen Knüsten, die bürgerlichen Ehrenrechte sind ihm belassen, weil es sich hier um ein politisches Vergehen handelt. Gegen Heide 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Amnestie ist nicht in Anwendung gekommen, der Antrag der Verteidiger wurde abgelehnt. Wir hätten dazu eben die Zeugen haben müssen, denen bekannt war, daß wir, durch die Fahrt Hochverrat begingen. Ich war mir schon im voraus darüber klar, wie es kommen würde. Eindruck hat das Urteil überhaupt auf mich nicht gemacht; heute werde ich mit den Anwälten sprechen. Dr. Herz wird Euch sowieso noch darüber berichten. Wie ich bereits seinerzeit schrieb, habe ich selbst die Anwälte bezahlt. Nur bitte ich, dem Justizrat Dr. Fränkel, der auch noch für mich sprach, meinen allerbesten Dank auszusprechen. Meinen politischen Standpunkt habe ich selbst, indem ich in großen Zügen unser Programm darlegte, genügend zum Ausdruck gebracht. Bestimmt weiß ich noch nicht, ob wir Revision einlegen. Es würde eben nur Zweck haben, wenn wir in der Lage wären, Zeugen herbeizuschaffen, die etwas über den Inhalt des Koffers wüßten. Na, nun Schluß. 5 Jahre Zuchthaus sind keine Kleinigkeit. Ich weiß, daß Ihr mich nicht vergessen und vielleicht etwas für mich tun werdet.

Mit kommunistischem Gruß!

Hermann Knüsken.

Was alles in der „Roten Fahne" passieren kann.

Während selbst die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sich aufgerafft hat, den Kampf der englischen Grubenarbeiter durch aktive Solidarität zu unterstützen, indem sie zu verhindern sucht, daß Streikbrecherkohle, die im Ruhr- und im Saargebiet gefördert wird, nach England kommt, dadurch, daß sie die belgischen und französischen Hafenarbeiter aufgerufen hat, keine Kohle nach England zu verladen, ist die 2. Internationale nach wie vor stumm und untätig gegenüber dem Ringen der englischen Klassengenossen. Sicher hat es erst starken Druckes gegen die „Führer" der Amsterdamer erfordert, bis sie soweit gekommen sind, aber es geschieht doch wenigstens etwas von ihnen. Die „deutsche Sektion der 3. Internationale" jedoch, die VKPD., die kürzlich in ihren Leitsätzen zu Punkt 5 der Tagesordnung des kommenden Kongresses folgenden Satz prägte:

„Die Kommunisten, indem sie engste Verbindung mit den Arbeitermassen halten, sich aller ihrer Mittel aktiv annehmen, können aber ihre Aktionen nicht in jedem Falle nach den zurückgebliebensten und passivsten Teilen der Arbeiterschaft richten. Sie können sich nicht auf die bloße Propaganda beschränken, bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Massen von selbst in Bewegung geraten",

scheint in dem englischen Riesenstreik einen von den Fällen" zu erblicken, in dem sie sich „nach dem zurückgebliebensten und passivsten Teil der Arbeiterschaft richten" müsse. Also, meint der gutgläubige Proletarier, beschränkt sie sich hier „auf die bloße Propaganda"? Weit gefehlt. Nicht einmal das bringt sie fertig, während die Amsterdamer schon zur aktiven Solidarität sich durchgerungen haben. Nein, die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD. treibt Gegenpropaganda!!

In Nr. 225 findet sich eine Notiz über die Ruhrkohlenförderung mit der bezeichnenden Ueberschrift: „Wer sabotiert — der Bergmann oder der Zechenherr?" Die „Rote Fahne"-Redaktion stellt darin einmal mit Empörung fest, daß das Ueberschichten-Abkommen gekündigt sei — dies Ausbeutungs-Instrument, das doch Hauptschuld an dem Vorhandensein der Streikbrecherkohle hat — und beschuldigt deshalb die Zechenbesitzer der „nationalen Sabotage"; zum andern aber betont sie, mit großer Freude und Bewunderung für die Ruhrbergleute, daß die „Leistungen des Arbeiters durch die Schichtverkürzung erheblich gesteigert sei".

Das geschieht bei den Reukommunisten, die „indem sie engste Verbindung mit den Arbeitermassen halten, sich ihrer Rüte aktiv annehmen"!

So nebenbei.

Herr Serrati erklärt im „Avanti" vom 19. Mai:

„Der Buch nach rechte ist unsere Erfindung und auch nicht eine Erfindung Turatis: er ist eine geschichtliche Tatsache des heutigen Tages. Er stellt gleichsam den Rückschlag dar auf die schroffe Wendung nach links in den vergangenen Jahren, und wir alle unterliegen diesem Rückschlag, ob wir es offen eingestehen oder ihn ablehnen."

Herr Serrati spricht damit — soweit es seine werte Person betrifft — die Selbstverständlichkeit aus, daß ein Parlamentarier ein politischer Schieber ist, der keine Grundsätze zu haben braucht, sondern „Rückschlägen" unterliegt. Die Frechheit des „wir alle" entspricht der Psychologie solcher Gesellen. Herr Serrati war lange im Präsidium der Exekutive. Sinowjew hat ihn gestürzt, aber gleichzeitig hat er den Herrn eingeladen, seine „grundsätzliche" Auffassung dem 3. Kongreß der 3. Internationale vorzutragen.

Herr Serrati hat in Deutschland Hilfe gefunden bei den Herren Levi, Däumig, Geyer, Malzahn — na und so weiter, bei all diesen „einfachen Soldaten" der Revolution.

Herr Levi flog, die andern einfachen Soldaten nicht. Herr Levi flog wegen Disziplinbruchs. Sinowjew nannte ihn einen infamen Lügner. Herr Levi erklärt („Sowjet" 15. Mai):

„Der Vorsitzende des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, bezeichnet mich in einer jetzt veröffentlichten Erklärung wegen der in meiner Broschüre im Hinblick auf das Exekutiv-Komitee gemachten Ausführungen als einen infamen Lügner. Ich nehme an, daß dem Vorsitzenden der Exekutive der wirkliche Sachverhalt bekannt ist. Danach bedeutet diese öffentliche Beschimpfung den Beweis eines starken Vertrauens in meinen Anstand und mein Pflichtgefühl als Kommunist. Ich werde dieses Vertrauen nicht enttäuschen.

Berlin, 5. Mai 1921.

Herr Levi nennt also auf eine ganz besonders infame Manier (Advokatenmanier) Sinowjew einen infamen Lügner. Und im selben „Sowjet" läßt Herr Levi einen Herrn Otto Kaus für sich schreiben:

„Wenn die III. Internationale Paul Levi und die deutsche Opposition nicht mit allen Ehren und unter peinlichster Erfüllung aller Forderungen, die sie zu stellen haben (Auflösung des gesamten Zentralexekutivkomitees, Berichte nur mit den Parteien und nur durch die Parteien usw.) aufnimmt, so hat sie sich zum Sterben hingelegt, so wird der III. Kongreß ihr letzter Kongreß gewesen sein, und die Fahne des revolutionären Sozialismus wird in andere Hände übergehen. Mit der Leiche der Gottheit auf dem Rücken kann die Revolution nicht marschieren. —"

Herr Levi nebst den anderen Herren ist eingeladen, seine „grundsätzliche" Auffassung dem 3. Kongreß der 3. Internationale vorzutragen.

Außer diesen Herren ist der weiland Spartakusbund mit Sack und Pack und vielen niedlichen „Kommunistinnen" nach Moskau unterwegs. Unter ihnen sind großmächtige Levitreffer. Ihre Anschauungen werden durch die „Rote Fahne" in auffallend starken Parolen publiziert. Zwar ist es ein wunderliches Durcheinander von Parolen, denn die Parlamentsfraktion ist — bei Gott — nicht faul, aber man liest doch auch:

Verhindert alle illegalen Truppentransporte!

Holt die „Oberländer" mittamt ihren grünschnäbligen Offizieren aus den Eisenbahnwagen und gebt ihnen eine Tracht Prügel, wenn sie eure Betriebsräte und Funktionäre beschimpfen und bedrohen!

Sprengt die Sammelstellen der Freikorps!

Laßt keinen Reaktionär nach Schlesien!

Entreißt ihnen die Waffen!

Wir fragen die Levitreffer der VKPD.: Wie, mit welchen Mitteln, mit welchem Apparat wollt Ihr diese Parolen durchsetzen?

Was wollt Ihr tun, wenn Eure Mitglieder und insbesondere Eure „gesetzlichen" Räte, Eure „Bezirkssekretäre" und sonstigen Funktionäre, die das doch in erster Linie tun müßten, es nicht tun?

Sind die Parolen ernst, dann verlangt — wie Levi gegenüber — die Disziplin oder Rauschmiß.

Tut Ihr das nicht, macht Ihr nur Flausen und gebt Parolen, von deren Nichtausführung Ihr von vornherein überzeugt seid.

U. A. w. g.

Ausland.

5 000 000 Arbeitslose in den Vereinigten Staaten.

Newyork, 10. Mai.

„Newyork Call" meldet: Laut gewerkschaftlichen Berechnungen war die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten Ende April 5 000 000.

Am 2. Mai traten ferner 315 000 Arbeiter in den Streik.

Englischer Bergarbeiterstreik.

„Zu spät!"

London, 18. Mai.

Der Generalsekretär der Associated Society of Locomotiv Engineers, Bromley, erklärte in einer Rede, er befürworte nicht einen Streik der Lokomotivführer und der Eisenbahner überhaupt, da es schon zu spät sei, um damit etwas erreichen zu können.

Cynnes macht Propaganda für die Kapitulation.

London, 18. Mai.

Cynnes, der parlamentarische Führer der Arbeiterpartei, schreibt: Nicht einmal einer von tausend Bergarbeitern denkt an etwas anderes, als an die Erhaltung eines Lohnes, den er für anständig hält, und der es ihm, trotz der verminderten Kaufkraft des Geldes, ermöglichen würde, annähernd so zu leben, wie er es gewöhnt ist.

Die Kampfesstimmung der Bergarbeiter.

London, 18. Mai.

Die Bergarbeiter treten in die achte Woche des Streiks — laut einmütiger Aussage sämtlicher eingelaufenen Nachrichten — mit ungebrochener Energie ein.

Herbert Smith, der Stellvertreter des Generalsekretärs der Grubenarbeiter, erklärte, die Reutermeldung, wonach er gesagt hätte, er würde nachgeben, falls die Grubenbesitzer einen günstigen Lohnvorschlag vorlegen würden, sei eine platte Erfindung. Ohne die Erfüllung der prinzipiellen Forderungen kann von einem Nachgeben keine Rede sein. Er habe gesagt, daß, wenn die Regierung und die Grubenbesitzer glauben, sie könnten die prinzipiellen Forderungen der Bergarbeiter auf eine ihrer Meinung nach richtigere Art durchführen, so mögen sie diese Vorschläge vorlegen.

Ebenso entschieden erklärten sich sämtliche Vertreter der verschiedenen Distrikte.

Frank Hall, der Vertreter der Distrikte von Derbyshire und Nottingham, die zu den am günstigsten behandelten Distrikten gehörten, erklärte: „Die Grubenarbeiter beider Distrikte sind heute ebenso entschlossen und stehen ebenso fest bei den prinzipiellen Forderungen der Bergarbeiter, wie am ersten Tage des Streiks. Die Regierung hat auf Zeichen des Nachgebens gerechnet, sie hat sich aber verrechnet."

In Northumberland fanden eine ganze Reihe von Abstimmungen statt. 99 Prozent der Bergarbeiter haben die letzten Vorschläge der Regierung als unannehmbar verworfen.

Der Dockarbeiterstreik in Glasgow legalisiert.

London, 16. Mai.

Selbst die bürgerliche Presse kann von keinem einzigen Fall des Nichtlösens der Kampfstimmung berichten. Die Exekutive der Transportarbeitergewerkschaft hat sich dem revolutionären Elan der breiten Massen fügen müssen und hat den spontanen Streik der Glasgower Dockarbeiter, der ohne Betragung der Exekutive proklamiert wurde, als legalen Streik anerkannt.

Sowjetrußland.

Russische Eisenbahnbestellungen im Ausland.

Moskau, 19. Mai.

Der in Moskau eingetroffene ausländische Vertreter des Kommissars für Außenhandel Lomonossow teilte einem Vertreter der „Rosta" mit, daß am 22. Mai in der Henschelschen Fabrik in Kassel die erste für Sowjetrußland bestimmte Lokomotive fertig wird. Im März 1922 erhält Rußland 770 Lokomotiven aus dem Ausland, deren Leistungsfähigkeit zweimal größer sein wird, als die der gewöhnlichen Lokomotiven. Zum nächsten Frühjahr wird der russische Lokomotivpark einen Zuwachs von 25 Prozent zu verzeichnen haben. Für die Remonte der beschädigten Lokomotiven ist im Ausland eine große Menge von Ersatzteilen bestellt worden, von denen ein großer Teil schon angekommen ist. Für einige Ersatzteile zahlten wir sogar weniger als vor dem Kriege. Am 1. September kommt in Noworossijsk eine Sendung Zisternen an, die für den Naphthatransport ins Ausland bestimmt sind.

Der Warenverkehr mit Estland.

Petrograd, 17. Mai. („Rosta Wien".)

Der estnische Gesandte in Rußland erklärte, daß der Warenverkehr zwischen Estland und Rußland sich von Tag zu Tag mehr entwickelt.

Import aus der Türkei.

Nikolsom, 17. Mai. („Rosta Wien".)

Aus der Türkei kommen beständig Waren an. Die Abteilung des Kommissariats für Außenhandel in Nikolajew hat einen Vertrag auf Lieferung von 50 000 Pud ausländischer Kohle und mehreren tausend Dosen Kondensmilch abgeschlossen.

Aus der Internationale.

Eine Anfrage an das Westeuropäische Sekretariat.

An den verantwortlichen Leiter des Westeuropäischen Sekretariats möchten wir hiermit die offizielle Anfrage richten, ob er noch unter den Lebenden weilt. Wiederholte schriftliche Anfragen blieben unbeantwortet. Jeder Versuch einer persönlichen Zühlungnahme ist erfolglos. Dem Leiter des W. S. müssen wir daher auf diesem Wege in Erinnerung bringen, daß die KPD. immer noch den 3. Internationale angeschlossen und daß folglich das W. S. bis auf weiteres verpflichtet ist, seine verwaltetorischen Funktionen auch auf die KAPD. auszudehnen. Sollte unserem Ersuchen um baldige Unterredung nicht umgehend entsprochen werden, so wird der bis dahin noch amtierende Vertreter des W. S. alle weiteren Konsequenzen zu tragen haben.

Aus der französischen Sektion der 3. Internationale.

Der seit Montag in Paris abgehaltene Kongreß der Kommunistischen Partei lehnte es laut „Dem" bei der Statutenberatung ab, in die Parteigrundsätze die Pflicht aufzunehmen, daß es keine nationale Verteidigung im kapitalistischen Regime gibt. Frossard bemerkte, daß die Ablehnung an die III. Internationale schon zur Genüge die Erkenntnis enthalte, daß die nationale Verteidigung des Kapitalismus eine Lüge sei. Die Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats wurde in die Parteiprinzipien aufgenommen.

Die Politik der 3. Internationale, in Westeuropa kommunistische Massenparteien zu schaffen, erleidet einen Schiffbruch nach dem anderen. Cerrati, Paul Levi, Strasser und Frossard sind die Symbole dieses Bankrotts. Der französische Parteikongreß hat freilich den Gipfel des Möglichen oder Unmöglichen erreicht. Wenn Frossard pathetisch erklärt, daß sich durch den Anschluß an die Dritte Internationale die Ablehnung der nationalen Verteidigung von selbst verstünde, so erklären wir, daß sich für einen Frossard damit die Ablehnung der nationalen Verteidigung noch lange nicht von selbst versteht. Oder sollen wir aus dem Kapitel: Nationale Verteidigung, soweit es die politische Tätigkeit desselben Frossard will,

reno des Krieges retuscht, einige dunkle Angelegenheiten wieder ans Tageslicht zerren? Im übrigen gehören unserer Auffassung nach auch solche grundsätzliche Selbstverständlichkeiten in ein Parteiprogramm, besonders dann, wenn ohne Partei wie die französische es bis heute abgelehnt hat, sich Kommunistische Partei zu nennen. Die „Freiheit" berichtet außerdem noch folgende ergötzliche Dinge über den Kongreß:

Auf die Konflikte, welche sämtliche kommunistische Parteien gegen sich beherrschen, und die durch den Mißgriff der deutschen Kommunisten nur einen neuen Anstoß erhalten haben, ging Frossard mit keinem Worte ein. Es sei denn, man deutet folgende allgemeine Wendung als eine Stellungnahme hierzu:

„Wir sind eine große revolutionäre, politische Macht. Wir sind eine Partei, die weiß, was sie will. Unsere Arbeit will die Revolution, aber sie wird die Arbeitermasse nicht zu Abenteuern führen, weil sie die heftigen verschiedenen Bewegungen nicht mit methodischer Vorbereitung der Revolution verwechselt."

Das wäre jedenfalls eine scharfe Verurteilung der von der Kommunistischen Internationale gutgeheißenen Putschmethode der deutschen Kommunisten, und da Frossard hierin unverbrüchlich blieb, so gilt dies als eine Mißrede der gesamten französischen Partei.

Die „vollkommene Übereinstimmung", die nach Frossard zwischen der französischen Parteileitung und Moskau bestehe, scheint also zum mindesten nicht sehr fest gefügt zu sein. Darüber täuscht sich auch der schlaue Frossard nicht, und darum hat die Parteileitung den am 1. Juni in Moskau beginnenden Internationalen Kongreß erst gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern einfach von sich heraus zwei Parteigenossen nach Moskau delegiert.

Versucht hat nach Frossard dieses Vorgehen der Parteileitung einer scharfen Kritik unterzogen, auf die Frossard nur mit einem verlegenen Lächeln zu entworten vermochte, daß die Partei die Regierung nicht auf den Moskauer Kongreß aufmerksam machen wollte, um sich nicht der Möglichkeit der Beschickung dieses Kongresses zu begeben.

Auf die Frage, mit welchem Mandat die beiden Delegierten nach Moskau gereist seien, antwortete Frossard:

„Was die Beziehungen der Exekutive zu den nationalen Parteien angeht, so wurde gefordert: Weiter Unterschwung und absolute Unabhängigkeit! Außerdem werde die Notwendigkeit betont, daß die Unabhängigkeit der französischen Gewerkschaften unbedingt gewahrt werden müsse. Was die Konflikte innerhalb der Kommunistischen Internationale angeht, so seien die Delegierten angewiesen, für sie die Einzelheiten zu erkundigen, da diese in Frankreich nicht hinreichend bekannt seien. Ausdrücklich werde die Unzulänglichkeit verzopfter repräsentativer Bewegungen betont. Solche Versuche würden in Frankreich von vornherein zum Mißerfolg verurteilt sein."

Die Kritik von Verseuil löste auf dem Kongreß einen großen Lärm aus. Die Delegierten versuchten, den Redner am Sprechen zu verhindern, und erst auf ausdrücklichen Wunsch Frossards hin konnte Verseuil seine Kritik fortsetzen. Der Sturm brach von neuem los, als Verseuil die von Frossard aufgestellte Behauptung, die Parteileitung sei immer und in allen Fragen einmütig gewesen, widerlegte und darauf erinnerte, daß insbesondere über die Stellungnahme zu den Mehrheitsregierungen eine Meinung zu entwickeln vermieden gewesen wären. Wie auf dem Kongreß von einem anderen Redner festgestellt worden ist, soll dieser Mißmutsausdruck fast von mehreren kommunistischen Bürgermeistern und kommunistischen Gemeindevertretungen sowie gegengezeichnet worden sein. Nur zwei kommunistische Bürgermeister hätten die Gegenzeichnung verweigert. Bringt man dies in Verbindung mit der gesamten politischen Haltung der französischen Kommunisten, so kann man Verseuil kaum widersprechen, wenn er erklärte: „Die Politik der Partei noch Tours unterscheidet sich nicht von der Politik vor Tours."

Daß Lachin und Frossard die französischen Arbeiter nicht zu „Abenteuern führen" werden, glauben wir gern, wenn es sich um das Abenteuer der Revolution handelt. Diese Leute entscheiden sich schon lieber zur Teilnahme an jeder sie weniger gefährlichen Abenteuer eines nationalen Krieges. Zu der Frage des Opportunismus von Levi und Serrati können sie keine grundsätzliche Stellung nehmen, weil sie es nicht wagen, sich offen mit ihren internationalen Gesinnungsfreunden zu identifizieren. In der Gewerkschaftsfrage sind sie so mutig, ihre Unabhängigkeit von Moskau zu proklamieren, weil sie zaghafte sind, der Amsterdamer Internationale den Krieg zu erklären. So sehen die voll berechtigten Sektionen der 3. Internationale aus. Werden die Russen nun endlich begreifen, was sie mit der Gründung ihrer Massenparteien angerichtet haben?

Aus der neuesten Sektion der 3. Internationale

(Kommunistische Partei der Tschecho-Slowakei.)

(Die Rede Smerals.)

Über die akuten Probleme der Internationalen und der tschecho-slowakischen Arbeiterpolitik.

Smeral entwarf ein Bild über die Entwicklung der Arbeiterbewegung seit der tschechischen „nationalen" Revolution bis zum gegenwärtigen Augenblick, wo die Lage zur Gründung der Kommunistischen Partei reif geworden ist. Die neue Partei wird in Europa eine der stärksten Massenparteien sein; selbst auf Grund einer äußerst pessimistischen und kleinlichen Rechnung wird mindestens mit 350 000 Mitgliedern gerechnet werden, die deutsche Minderheit gerechnet werden. Die Macht der tschecho-slowakischen Kommunistischen Partei im Verhältnis zu den übrigen Kräften des Staates ist unvergleichlich stärker als die in den Nachbarstaaten. Das Proletariat hat das Verständnis für revolutionäre Taten — wenn die Situation dazu auch unterhalb der Republik geeignet ist.

Mit der größten Verantwortlichkeit muß auf die Frage geantwortet werden — erklärte Smeral — ob wir in Wahrheit in der Revolutionsepochen leben. Leben wir in einer Periode der wirtschaftlichen Krise und Weltkrise oder der Erstarrung des Kapitalismus? Smeral bejaht: es hat den Anschein, daß die letzten sechs Monate keine Zeichen der Erstarrung des Kapitalismus aufwiesen. In der ganzen Welt folgen sich Krisensymptome.

Die einzige aufbauende Kraft inmitten der Anarchie ist das Proletariat. Er glaubt eher, daß der Sturz des Kapitalismus sich nicht in der Form einer Katastrophe, sondern in der eines allmählichen Verfalles vollziehen werde. Die Taktik der Kommunistischen Partei müsse sich danach richten. Die nächsten Aufgaben bestehen seiner Ansicht nach (Smeral gebrauchte sehr häufig Redewendungen, wie „meine persönliche Auffassung, mein Gefühl" usw.) vielmehr in der Consolidierung und Organisation der revolutionären Kräfte, als in sofortigen entscheidenden Aktionen. Die nächsten Aufgaben sind daher: Propaganda, Organisation, Presse, außerhalb Aufbau der Partei.

Im Anschluß daran richtete Smeral heftige Angriffe gegen Deutschland, phantastische Informationen, Verleumdungen und die unsachliche Jagd aus Moskau widersprechende Direktiven vor. Smeral behauptete sich, daß die unsachlichen Entgleisungen zwar guten Glauben, ohne aber die Verhältnisse zu kennen, „Informationen" über die Lage in der Tschechoslowakei sowie in anderen Ländern an die Kommunistische Internationale abgeben. Ueber die Vereinigung der tschechischen und deutschen Parteien erklärte Smeral, er sei Anhänger der Vereinigung, doch ist die Dinge zu einer reifen Frucht gediehen und organisatorischen Verschmelzung noch lange nicht reif. Die Verhältnisse der Nationalitäten in der Republik tragen einen widerschlechtlichen Charakter. Er kann die Auffassung Kreibichs über die Zentralisation nicht teilen. Smeral schlägt vor, daß man die beiden Organisationen (tschechoslowakische und deutsche) aufrechterhalte, aber schon jetzt ein gemeinsames Komitee wähle, das mit der Vorbereitung der Verschmelzung betraut werde. Wo das Proletariat die Vereinigung selbst wünscht, wie z. B. in der Slowakei, kann sie schon jetzt durchgeführt werden.

Smeral wendet sich gegen eine radikale Neuordnung innerhalb der Partei aus. Die Neuordnung darf nicht bonapartistisch vorgenommen werden. Er schließt seine Rede mit der Verherrlichung der kommunistischen Ideale. Der Kommunismus ist mehr als eine Parteifrage, er ist eine Sache der Menschheit.

Die Rede Smerals wurde von den Delegierten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Seine Ausführungen über die Verzögerung der Vereinigung mit dem deutschen Proletariat fanden schon während der Rede Widerspruch.

Sowohl die Rote-Fahne-Meldung. Wir müssen schon sagen: dieser Smeral übertrumpft noch seinen Herrn und Meister Paul Levi in Punkte: Opportunismus. Sinowjew hat wirklich Pech mit seinen Neugründungen. Der Geist der II. Internationale läßt sich durch eine bloße Firmenänderung leider nicht in revolutionäres Denken und Handeln verwandeln. Die Quantität schlägt hier jedesmal in schlechte Qualität um. Das soll mit dem verfluchten historischen Materialismus zusammenhängen.

Aus den Gewerkschaften.

Logik der Zellenaktiker.

Neben das „Korrespondenzblatt des ADGB.", das ausschließlich der Verdummung und Entmannung der Arbeiter dient, tritt seit einigen Monaten „Der kommunistische Gewerkschafter" als scharfer Konkurrent.

Beide „kämpfen" um die Erhaltung der Gewerkschaften und jeder sucht dem andern den Rang abzulaufen in der Durchsetzung der beiden gemeinsamen Parole: der Massenbetrug ist der Hebel der Massenbewegung.

Die Durchsetzung einer solchen Parole hat selbstverständlich zur Konsequenz die Anfertigung und Anwendung einer Sonderausgabe der Logik (für strebsame Anwärter auf sichere Posten). Eine Probe aus dieser Sonderausgabe wird in einem Artikel des „Kommunist. Gewerkschafter" Nr. 18 gebrauchsfertig geliefert. Er handelt über „die Krise der deutschen Gewerkschaften". Dieser Titel lautet so auf Grund eben dieser Sonderausgabe, denn sein Inhalt ist ein Beweis für die Krise bei den Zellenaktikern. Darin liest man unter anderem:

„Es ist damit zu rechnen, daß nicht nur einzelne oppositionelle Mitglieder, sondern die ganze Opposition aus den Gewerkschaften herausgedrängt wird. Das würde praktisch eine Spaltung der Gewerkschaften bedeuten. Auch eine solche Spaltung würde vorübergehend die Stoßkraft der Arbeiterschaft schwächen und deshalb sind wir bestrebt, sie wenn irgend möglich, der Arbeiterschaft zu ersparen. Aber es ist gewiß, im ganzen bedeutet eine Spaltung, die sich als Folge der Aktivisierung proletarischer Massen ergibt, niemals eine Schwächung der revolutionären Energie . . . .

Was gegenwärtig in den Gewerkschaften vor sich geht, ist ein Vorbereitungsprozeß, der ernste Gefahren für das gesamte Proletariat mit sich bringt. . . .

Die Frage lautet:

Was ist zu tun, um die Gewerkschaften zu retten, was muß geschehen, um den Arbeitermassen das Glauben an die Gewerkschaften wieder zu stärken und auf welche Weise wird es unserer Arbeit gelingen, die Gewerkschaften zu revolutionären Massen umzugestalten?

Wenn die Gewerkschaften erst kämpfen, wenn sie erfüllen, was die breiten Massen bisher vergeblich hofften, dann wird die Krise der Gewerkschaften überwunden sein, dann wird auch die scheinbare Stagnation der deutschen Revolution der Vergangenheit angehören.

Die deutsche Revolution muß über den toten Punkt hinwegkommen, die Gewerkschaften müssen vor Zerfall und Verderb gerettet werden. Arbeiter, Klassengenossen, rettet die Gewerkschaften, indem ihr sie auf die Bahn des Kampfes drängt, rettet Euch und Eure Existenz, indem ihr die Revolution weiter treibt."

Also: „Spaltung, die sich aus revolutionärem Wollen ergibt, ist niemals Schwächung. Wie aber werden die Spaltung vermeiden. Die Gewerkschaften sind in Verwesung. Arbeiter, rettet daher die Gewerkschaften! Zwar verwesen sie, kämpfen nicht, die Arbeiter verlassen sie. Aber wenn sie kämpfen, dann wird Revolution sein. Macht Revolution, sonst ist eure Existenz verloren."

Also Gewerkschaftskampf = Revolution.

Diese Logik ist unwiderstehlich, nämlich unwiderstehlich in ihrer Komik.

Die 2. Internationale wird noch viel Freude an diesen Logikern erleben.

Offener Brief an die deutschen Bergarbeiterorganisationen.

Die „Freie Arbeiter-Union", Gelsenkirchen, erstattet uns zur Verbreitung den folgenden Aufruf:

„In England stehen die Bergarbeiter seit Wochen in einem heftigen Kampfe um die Wahrung ihrer Lebensbedingungen. Die englischen Grubenbesitzer wollen zu Gunsten der Profite der Kohlenbarone nicht nur, daß die englischen Bergarbeiter unterjochen werden. Niemals dürften die englischen Bergarbeiter begonnen werden, wenn sich nicht ihre Bundesgenossen in den übrigen Ländern dazu bereit erklären, daß von ihnen geförderte Kohle nach England transportiert und dort als Mittel zur Ueberwindung des streikenden Arbeiterheeres benutzt würde. Nur sehr langsam und vereinzelt beginnt die internationale Solidarität der Bergarbeiter zu erwachen. Die belgischen Transportarbeiter und die Bergarbeiter allein sind vorläufig aufgetreten, um ihre Solidarität aktiv zu bekunden.

Dagegen ist im Ruhrgebiet bisher noch nichts geschehen, um die Abfuhr der Ruhrkohlen nach England und ihre Verwendung als Druckmittel auf die kämpfenden Bergarbeiter zu verhindern.

Nicht nur die internationalen Abmachungen der Bergarbeiterorganisationen, sondern das einfache Gebot der Berufsehre zur Wahrung internationaler Solidarität stellen die deutsche Bergarbeiterschaft vor die Alternative, jede Tätigkeit zu unterbinden, daß deutsche Kohle nach England gelangt, oder während des Streiks der englischen Grubenarbeiter, Gelder an den englischen Grubenkapital, die Löhne der Bergarbeiter herabzudrücken, zu bewilligen. Die deutschen Bergarbeiter in der Kürze vor die Notwendigkeit eines gleichen Kampfes gestellt sein. Deshalb ist der Kampf der englischen Bergarbeiter zugleich ein Kampf für die Interessen ihrer deutschen Arbeitsbrüder.

In der Erwägung, daß die aktive Solidaritätsbekundung nur einer einzigen deutschen Bergarbeiterorganisation nicht zu dem gewünschten Ziele, zu einer wirksamen taktischen Unterbindung des Transportes deutscher Kohle nach England führen kann, richten wir an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, an die Politische Berufsvereinigung und an alle Organisationen, in denen Bergarbeiter organisiert sind, die Aufforderung, gemeinsam mit der Freien Arbeiter-Union Gelsenkirchen eine Betriebsrätekonferenz für die Bezirke des Ruhrgebiets zu veranstalten, welche Stellung nehmen soll zu der Frage der Solidaritätsaktion der Ruhrbergleute zugunsten der kämpfenden Arbeitsbrüder Englands.

Die Initiative für die Einberufung dieser Betriebsrätekonferenz muß im Interesse der Sache der stärksten deutschen Bergarbeiterorganisation, dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands, überlassen bleiben, und zwar insbesondere aus dem Grunde, weil der Verband der Bergarbeiter Deutschlands die bisherigen durch die FAU. einberufenen Konferenzen nicht beschickte.

Wir fordern alle Bergarbeiterorganisationen Deutschlands auf, an dieser Solidaritätsbekundung aktiven Anteil zu nehmen und schlagen als Datum für das Stattfinden Donnerstag den 26. Mai (Fronleichnam) vor.

Gelsenkirchen, am 20. Mai 1921.

Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen."

Mitteilungen.

27. Unterbezirk: Freitag, 27. Mai, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung. Wichtige Tagesordnung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Lokal ist bei dem Gruppenführer zu erfragen.

14. Bezirk, Wilmersdorf: Freitag, den 27. Mai 1921, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Hehmann, Berliner Str. 104. Erscheinen eines jeden Pflicht.

Referenten-Zusammenkunft. Jeden Sonnabend, pünktlich 4 Uhr, Gipsstraße 22a.

Kommunistische Arbeiter-Jugend
Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Charlottenburg: Jeden Mittwoch 7½ Uhr im Jugendheim, Wallstraße 76.
Cöpenick: Jeden Mittwoch 7½ Uhr.
Moabit: Jeden Mittwoch 7½ Uhr, Stefanstr. 47, Lokal.
Osten: Jeden Dienstag 7½ Uhr bei Hoffmann, Gubener Str. 5.
Pankow: Jeden Mittwoch 7½ Uhr.
Spandau: Jeden Donnerstag 7½ Uhr, Schützenhaus, Neuendorfer Straße.
Tempelhof-Mariendorf: Jeden Mittwoch 7½ Uhr.
Wedding: Jeden Mittwoch 7½ Uhr Malplaquetstr. 23 I, Lokal.
Weißensee: Jeden Dienstag 7½ Uhr, Schule Wilhelmstraße.
Wilmersdorf: Jeden Dienstag 7½ Uhr, Schule Berliner Str. 137.

Die nichtangegebenen Tagungslokale der Gruppen sowie Auskunft über oben nicht angezeigte Ortschaften und Bezirke ist zu erhalten durch den
Verlag „Rote Jugend", Berlin NO. 18, Landsberger Str. 6.

Der Weg des Dr. Levi — Der Weg der V. K. P. D.

Diese Broschüre ist soeben erschienen. Sie ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Broschüre Levis: „Unser Weg", damit eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Gesamtpolitik der VKPD. und damit der Taktik der 3. Internationale.

Soeben ist in unserem Verlage eine Broschüre unter dem Titel erschienen:

Die Klassenkampforganisation des Proletariats.

Preis 2 Mk. Von Hermann Gorter. Preis 2 Mk.

Diese Broschüre behandelt neben der Frage der Union noch besonders den Gedanken der Notwendigkeit einer politischen Organisation.

Jeder revolutionäre Arbeiter, der über den Weg der proletarischen Revolution Klarheit erlangen will, muß diese für jeden verständliche Schrift gelesen haben.

Anfang Juni erscheint Nr. 6 des

„Proletarier"

Zu beziehen durch den

Verlag der K. A. P. D.,

Berlin NO., Landsberger Straße 6.

Verantwortlicher Redakteur: Sohns, Berlin.
Druck: Buchdruckerei fettig Weil, G. m. b. H., Berlin SW. 14.
Verlag: Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Nr. 200. Preis 40 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint wochentlich. — Zu beziehen durch die Ortsleitungen, Preis für 13 Wochen pro Exemplar, bei Straßenverkauf Preis 40 Pfennig.

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 19, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49 [illegible]. — Anzeigen nach vorheriger Preisvereinbarung. — Preis im Inland [illegible], nach dem Ausland unter Streifband [illegible]. — Preis [illegible]

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Das Bürgertum und die Einigung der Sozialdemokratie.

Die alte deutsche Sozialdemokratie der Vorkriegszeit ing dem Bürgertum wie ein Alp auf der Brust. Sie galt ihm — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — als die Vorkämpferin der sozialen Revolution. Der beispiellose Verrat der Sozialdemokratie im Kriege und in der Revolution, ihr im Verein mit den Gewerkschaften erfolgreich geführter Kampf gegen die Revolution hat die deutsche Kapitalistenklasse von ihrem früheren Alpdruck befreit. War vor dem Kriege die organisatorische Einheit der Sozialdemokratie ein Schrecken für die herrschenden Klassen, so sind sie es gerade heute, denen die in zwei Parteien gespaltene Sozialdemokratie Unbequemlichkeiten verursacht, sind sie es, die den Sozialverrätern beider Richtungen gut zureden, sich in einer Partei zu vereinigen. Das „Berl. Tageblatt" registriert mit Genugtuung die Tatsache, daß aus den Reihen der Unabhängigen der Ruf nach Einigung mit den Schiedemännern immer stärker sich bemerkbar macht. Diese Frage wurde bei der USP. offenbar aufgerollt im Zusammenhang mit der von ihr gestellten Forderung nach Bildung einer rein sozialistischen Regierung. Um diesem Feldgeschrei haben die Herren Hilferding und Rosenfeld in den letzten Wochen die Luft erschüttert. Daraus entspann sich eine Polemik mit dem „Vorwärts", der sich, wie folgt, vernehmen ließ:

„Nach dem Kapp-Putsch hätte sich die reine sozialistische Regierung am Ende durchführen lassen, aber bekanntlich ein großer Teil der Unabhängigen nicht und drohte, wie Hilferding neuerdings, die zu Parteigen, die dafür eintreten, Ende heute mit der USP. die sozialistische Regierung, aber heute ist die Situation nicht mehr die alte und die Möglichkeit verschwunden. Wer so ist und was es mit allem, Heute stehen die Unabhängigen richtiger und treffender Worte gegen den Bolschewismus der Kommunisten, der nur die Reaktion stärkt. Aber die „Marxsichtung der Revolution", der Januarputsch 1919, der zunächst der Reaktion erlaubt, wieder Boden zurückzugewinnen, kann auf Kosten der Sozialdemokratie, der eine sozialistische Regierung bei 1918, 1919 und heute noch 1920 manches Zeitgemäß gestatten. Das muß schließen die Unabhängigen heute entzücken, aber es kann noch eine Möglichkeit bedeuten, nicht zu haben, was sie selber verurteilen."

Das Massenblatt greift diese Worte auf und gibt den Unabhängigen nachstehenden guten Rat:

„Man darf wohl annehmen, daß diese Bemerkungen nicht veröffentlicht werden, um die Unabhängigen abzuschrecken, sondern um sie für die Einigung auf in diesem Zeitpunkt nach zu gewinnen. Auch noch unter Umständen ist es nie zu spät, einen offenkundigen Irrtum wieder gutzumachen. Daß die Reigung dazu bei den Unabhängigen vorhanden ist, ist gewiß; daß sie bei ihnen die Vorgesetzte, daß dann die Kommunisten ihnen den Mund nicht aus dem Gesicht nehmen würden, ist gegenstandslos, in der Gegenwartsfrage „Sozialisten" Kommunisten schon jetzt hoffnungslos sind. Für die innerpolitische Gesetzgebung wäre es ein Glück, wenn die Unabhängigen Mehrheitsregierungen, sogar die Mehrheitssozialisten, nicht mehr und an der Gesetzgebung verantwortlich mitwirkten. Das ist die einzige Linie der Politik, die heute bestimmt durch nationalistische Gesinnung, durchaus durchführbar wird, wäre damit für eine bessere Zukunft grundsätzlich . . . .

Sicher ist es nie zu spät, einen offenkundigen Irrtum wieder gutzumachen. Das weiß Herr Hilferding auch, und er wird den guten Rat schon noch beherzigen, wenn ihm der Zeitpunkt dafür günstig erscheint. Er weiß aber auch, daß es in der Linie seiner demokratischen Politik liegt, wenn die Einigung mit den Mehrheitssozialisten recht bald zustandekommt. Das Bürgertum hat jedenfalls heute das größte Interesse daran, daß ihm der Lösung des unlösbaren Problems der Wiedergutmachung von seiten des Proletariats keine Schwierigkeiten gemacht werden. Da die Lasten der Wiedergutmachung ausschließlich von der deutschen Arbeiterschaft getragen werden müssen, so handelt es sich für die herrschenden Klassen eben darum, die Arbeiterorganisationen in den Dienst der bürgerlich-kapitalistischen Politik einzuspannen. Ihr Ideal liegt also in der Richtung einer deutschen Labour-Party, die nach dem englischen Muster eine Kombination von sozialistischen Parteien und Gewerkschaften in einer Parlamentsfraktion darstellen würde.

Und nun richten wir an die deutschen Arbeiter die Frage: Ist das die Einigkeit des Proletariats, die ihr erstrebt? Werdet ihr endlich begreifen, daß eine solche „Einigkeit" nur den Interessen der Kapitalistenklasse dienen kann? Werdet ihr endlich begreifen, daß eine solche Einigkeit nichts weiter bedeutet, als die politische und wirtschaftliche Interessensolidarität mit dem Bürgertum?

Wenn die gewerkschaftlichen Arbeiterverräter der SPD. und USP. den Kommunisten ihre Spaltungsabsichten zum Vorwurf machen, so werden die deutschen Proletarier hoffentlich bald einsehen, daß das Geschrei jener Leute gegen unsere Spaltungsabsichten nichts weiter ist, als das Entsetzen über die drohende Gefahr einer Zerreißung der nationalen Einheitsfront von Westarp bis Gitterding, die alle am Wiederaufbau des Kapitalismus arbeiten wollen. Gegen die von jenen gewollte Arbeitsgemeinschaft zwischen Bürgertum und Proletariat kämpfen wir allerdings mit fanatischer Entschlossenheit.

Der klarste Träger dieses Gedankens der internationalen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital sind heute der der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften. Die Zerstörung dieser antirevolutionären Gebilde ist unerläßlich im Interesse der proletarischen Revolution. Die Einigung der Proletariats als Klasse ist nicht gleichbedeutend mit der organisatorischen Einigung in einer gewerkschaftlichen, parlamentarischen oder sonstigen „Einheitsorganisation". Die Einigung des Proletariats als Klasse geht nur über die Trümmer jener Organisationen vor sich, die heute der bürgerlichen Konterrevolution politische Zuhälterdienste leisten. Die Erhaltung jener pseudoproletarischen Gebilde ist im jetzigen Stadium der Revolution ein politischer Ziel des Bürgertums. Im Prozeß der Revolution selbst gibt es aber für Neubauten und Umgebautes kein gemeinsames Ziel. Ihr Verhältnis zu einander kann nur das des erbarmungslosen Kampfes um die Produktionsmittel sein. Darum können auch die organisatorischen Hüllen des Proletariats in der Revolution nur solche sein, die wirklich Kampforganisationen sind, d. h. Organisationen, wie die KAPD. und Allgem. Arbeiter-Union, die den Klassenkampf nicht im Munde führen, sondern ihn durchsechten jede Stunde und jeden Augenblick. Wir ernten vom Bürgertum kein Lob, weil es uns als seinen Todfeind erkennt und als solchen behandelt. Wir verzichten auf kommunistischen Theaterdonner in Parlamenten und Gewerkschaften, über den sich das Bürgertum amüsiert. Wir kämpfen um das Klasseninteresse des Proletariats. Und damit arbeiten wir am besten für die Einigung des Proletariats als Klasse, die nicht am Anfang der Revolution, sondern an ihrem Ende sich verwirklichen.

Russische Staatspolitik und Weltrevolution.

II.

Die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten und die Kapitulationspolitik der Sowjetregierung sind der außenpolitische Ausdruck der Uebergangs Sowjet-Rußlands von der Kriegs- zur Friedenspolitik, der mit dem Zusammenbruch der Weißgardearmee einsetzte, und der mit der Niederwerfung des Kronstädter Aufstandes nunmehr wohl als endgültige Linie der russischen Gesamtpolitik gelten kann. Wohl gemerkt, es ist das Uebergangsstadium noch nicht abgeschlossen, der kritische Punkt dieses Weges noch nicht überwunden. Die Richtung des Weges aber ist bereits ganz klar erkennbar und Lenin hat mit der Offenheit, die in seiner tiefen Einsicht in alle Bedingungen der russischen Wirtschaft gründet, ihre Grund auf den Weg auch schon gekennzeichnet, der begangen werden muß, wenn die russische Wirtschaft und damit der Staat des russischen Arbeiter- und Bauern-Sowjetstaates bleiben soll. Der Kampf gegen die kapitalistische Umwelt soll also jetzt und in Zukunft statt mit kriegerischen Mitteln mit friedlichen wirtschaftlichen geführt werden. Das Wesen dieses Kampfes ist aber nicht das der Konkurrenz bürgerlich-kapitalistischer Staaten untereinander, sondern ist revolutionär. Das heißt, die Existenz der russischen Sowjetmacht, des Staates des russischen Proletariats ist prinzipiell überhaupt nur durch die Entwicklung, durch das Fortschreiten, und letzten Endes nur durch den Sieg der Weltrevolution gewährleistet, mit anderen Worten, die Weltrevolution ist der „Imperialismus" des Proletariats, die kommunistische Welt-Sowjetwirtschaft die zugrunde liegende „imperialistische" Idee.

Das hat der kluge englisch-kapitalistische Imperialismus als erster durchschaut und der Staat werden heute sehr genau und hat bekanntlich schon vor Jahr und Tag mit dem zaristischen russischen „Imperialismus" einen Vertrag abgeschlossen, der eine Abgrenzung der „Interessensphären" bezweckt, und der nur scheinbar ein Handelsabkommen zum Inhalt hat. (Das deutsch-russische Abkommen kann diesen Charakter nicht so zum Ausdruck bringen, weil es einem deutschen Imperialismus mit dem Versailler Vertrag nicht möglich ist; das deutsche Kapital ist deshalb auf die Form eines „Invertitionsvertrages" (noch innen, gerichtetes) Eroberungskampfes zurückgedrängt, die sich gegen den eigenen Proletariat richtet. Diese Form des Kampfes machen sich die noch imperialistischen Entente-Staaten zunutze und spielen die Erfolge, die der deutsche Kapitalismus über das deutsche Proletariat erringt, gegen das Proletariat in den Entente-Ländern aus. Das deutsche Kapital pirkt nur um den Preis der Realisierung dieser Erfolge an das Entente-Kapital als Teilhaber des Weltkapitals aufgenommen.)

Diese „Interessensphären" des englischen imperialistischen Kapitalismus liegen sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Richtung; sie sind als „östliche Frage" ebenso empfindlich gegen Störungen wie als „asiatische Frage" oder als „Bergarbeiterstreik". Und weniger durch die Zugeständnisse in Asien etwa, als durch die Anerkennung der innerpolitischen Interessensphäre des englischen Kapitalismus sind der russischen Politik die Hände gebunden, hat sie gegen die wahren Lebensinteressen des ersten proletarischen Staates der Welt verstoßen. Denn nur die Unterstützung der Weltrevolution ist die außenpolitische Betätigung, die dem Wesen eines proletarischen Staates entspricht, die seinen Lebensnotwendigkeiten gerecht wird. Gewiß, das Proletariat in den hochkapitalistischen Ländern, in Deutschland besonders, hat versagt. Aber die Revolution ist hier so unendlich viel komplizierter, der Kampf so ungeheuer viel schwerer als in Rußland, so daß darin ein „Fehler", ein „Versagen" (kann überhaupt eine geschichtliche Tatsache ernsthaft „Fehler" sein?) nicht liegt, wenn Westeuropa-Amerika nun gesehen wie andererseits die russische Staatspolitik nun gesteigert sich gegenüber Sowjet-Rußland nun gleichen abenteuerlich „Fehler" macht. Fehler aber ist heute in Verhältnis zueinander: das Verlangen Westeuropas, das Rußland in die Bahn der Verträge drängte, und die Annahme der Vertragsbedingungen durch Rußland, die den revolutionär